

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
parlamentsdienste@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

P 042/2004 (DBK)

Postulat Fraktion SP: Einsetzung einer interkantonalen parlamentarischen Begleitkommission Fachhochschule Nordwestschweiz (16.03.2004)

Der Regierungsrat wird ersucht, zusammen mit den Regierungsräten der anderen Partnerkantone eine interparlamentarische Kommission der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Solothurn einsetzen zu lassen welche

- a) die Regierungen bei der Ausarbeitung von Fusionsmodellen und bei den Vertragsverhandlungen zum Zusammenschluss der Fachhochschulen begleitend berät,
- b) zu den Fusionsmodellen Stellung nimmt,
- c) den Staatsvertrag berät, zu Handen der Parlamente Bericht erstattet und Antrag stellt.

Begründung (16.03.2004): schriftlich

Die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Stadt und Basel-Landschaft sind sich einig über den Zusammenschluss ihrer Fachhochschulen gemäss der Vorgabe des Bundes. Offen ist noch die Beteiligung des Kantons Solothurn: Bis in 3 Jahren sollen die Bereiche Technik, Wirtschaft und Gestaltung unter einem Dach sein. Die Bereiche Pädagogik, Soziale Arbeit und ev. Musik sollen später dazu kommen. Die beteiligten Kantone wollen ihre Fusionsmodelle demnächst in eine Vernehmlassung geben.

Zwar sollen die Standorte beibehalten werden, doch ist noch offen, welche Fächer an welchen Standorten geführt werden. Einigkeit muss unter den beteiligten Kantonen auch in den Fragen der Finanzierung, Organisation, Führung und beim Zeitplan der Umsetzung bestehen.

Schliesslich müssen die Parlamente aller an der fusionierten Fachhochschule beteiligten Kantone den Fusionsvertrag genehmigen. Die Grundsatzentscheide, die nun erarbeitet werden, brauchen eine breite politische Abstützung, eine parlamentarische Begleitung. Nur so wird es möglich sein, einen Fusionsvertrag auszuarbeiten, der vor den verschiedenen Kantonsparlamenten bestehen kann. Aufgabe der interparlamentarischen Begleitkommission wäre es, durch ihre Mitwirkung den Regierungen bei der Suche nach Lösungen beizustehen und den Rückhalt in den Parlamenten zu sichern. Denkbar wäre eine Kommission, die aus je 3 – 4 Parlamentsmitgliedern aller am Staatsvertrag beteiligten Kantone besteht, von den Parlamenten eingesetzt wird und nach der Genehmigung des Staatsvertrages wieder aufgelöst wird. In den Kantonen AG, BL und BS werden deshalb analoge Vorstösse eingereicht.

Die Verfassung des Kantons Solothurn sieht gemäss Art. 72 eine solche Mitwirkung bei Staatsverträgen vor.

Unterschriften: 1. Silvia Petiti, 2. Markus Schneider, 3. Christina Tardo, Andreas Bühlmann, Erna Wenger, Manfred Baumann, Reiner Bernath, Georg Hasenfratz, Daniel Bloch, Hans-Jörg Staub, Rosmarie Eichenberger, Lonni Hess, Andrea Meier, Ruedi Lehmann, Caroline Wernli Amoser, Jean-Pierre Summ, Urs Wirth, Clemens Ackermann, Peter Gomm, Heinz Glauser, Heinz Bolliger,

Thomas Woodtli, Lilo Reinhart, Walter Schürch, Niklaus Wepfer, Fatma Tekol, Marianne Kläy,
Magdalena Schmitter Koch, Urs W. Flück, Ruedi Heutschi. (30)